Luciano M. Metzinger

Strukturelle Ungerechtigkeit und Unfrieden in Peru

Wie engagiert sich die Kirche?

Wahrscheinlich stellt die strukturelle Ungerechtigkeit die größte und schädlichste aller Ungerechtigkeiten vor. Von struktureller Ungerechtigkeit ist zum ersten Mal die Rede in Medellin. In der Einleitung zu den Entschlüssen lesen wir von „Zwangsstrukturen, die im Mißbrauch des Besitzes oder der Macht, in der Ausbeutung der Arbeiter, in Ungerechtigkeit im Geschäftsverkehr ihren Grund haben“. Im Kapitel „Gerechtigkeit“ spricht man von „Sünden, deren Kristallisation in den ungerechten Strukturen offensichtlich wird“. Schließlich im Kapitel „Frieden“ ist wiederum die Rede von „einer Situation der Ungerechtigkeit, die man *institutionalisierte Gewalt* nennen kann“. Später beschäftigen sich mit dem Thema J. Galtung, Boulding und eine Gruppe Experten von APEP „Asociacion peruana de Estudios e Investigacion por la Paz“ – (Peruanische Genossenschaft für Studien und Forschung über den Frieden). Galtung veröffentlichte sein Werk „Gewalt, Frieden und Nachforschung über den Frieden“ im Jahre 1969, ein Jahr nach Medellin.

Mit diesem Thema, unter dem Titel „Strukturelle Ungerechtigkeit und Unfrieden in Peru. Wie engagiert sich die Kirche?“ wollen wir uns befassen, und um diesem Thema gerecht zu werden, müssen wir uns bemühen, auf folgende Fragen Antwort zu geben:

1. Was bedeutet eigentlich strukturelle Ungerechtigkeit?
2. Auf welche Weise und in welchen Formen erscheint diese Ungerechtigkeit in Peru?
3. In welchem Zusammenhang stehen strukturelle Ungerechtigkeit und Unfrieden?
4. Wie engagiert sich die Kirche?

1. Zum Begriff der strukturellen Ungerechtigkeit

Was verstehen wir unter der strukturellen Ungerechtigkeit? Im Monat Juni dieses Jahres hat APEP ein ganzes Buch darüber veröffentlicht: „Violencia estructural en el Peru – Marco teorico“ (Strukturelle Ungerechtigkeit in Peru – Theoretischer Rahmen). Dazu kommen noch 6 weitere Bände, die über Ökonomie, Staat und Gesetz, Anthropologie u.s.w. in Beziehung zur strukturellen Ungerechtigkeit handeln. Im Monat Juli hat auch auf der Universität Groningen ein Seminar stattgefunden, wo über den Begriff 'strukturelle Gewalt' während drei Tagen nachgeforscht worden ist. Eine Gründlichkeit, die zu unserem Zweck übertrieben wäre. Auf tiefe philosophische Auseinandersetzungen und erschöpfende Studien können wir hier verzichten. Uns

genügt eine genaue Beschreibung von struktureller Ungerechtigkeit oder institutionalisierter Gewalt, uns genügt der echte Sinn dieser Ausdrücke. Galtung, Boulding, Rubio und andere Forscher sind über folgende Beschreibung einig geworden. Gewalt nennen sie einen Druck körperlicher, biologischer oder geistlicher Art, den ein Mensch auf einen anderen Menschen ausübt und dessen Verwirklichungsmöglichkeit oder Entwicklungspotential vermindert oder vernichtet, wenn dabei eine bestimmte Schwelle überschritten wird. Nach dieser Beschreibung ist der Mensch die bewirkende Ursache, die *causa efficiens* der Gewalt, der Urheber der Ungerechtigkeit. Bei der institutionalisierten Gewalt aber, oder bei der strukturellen Ungerechtigkeit rührt der Druck von den Institutionen oder von den Strukturen her. Es ergibt sich also eine Situation struktureller Ungerechtigkeit dort, wo gesetzliche Normen, welche die sozialen Beziehungen und die persönlichen Rechte bestimmen, dazu beitragen, Verfahrensweisen aufzustellen und zu verewigen, welche dem Volke Zustände der Ungerechtigkeit, der Willkür und der Unterdrückung auferlegen. Das Nämliche kann bei den amtlichen Verhandlungen, bei den Beschlüssen der Justizverwaltung und bei der Durchführung der öffentlichen Ordnung vorkommen. Das sagen bereits die Bischöfe in Medellin. Im Schlußdokument der II. Generalversammlung des Lateinamerikanischen Episkopates ist schon die Rede von einer institutionalisierten Gewalt, wenn durch Unzulänglichkeit oder Verschrobenheit der Strukturen der industriellen und wirtschaftlichen Unternehmen, der nationalen und internationalen Wirtschaft, des kulturellen und politischen Lebens ganze Völker das Notwendigste entbehren und in einer Abhängigkeit leben, die sie an der Initiative und Verantwortung sowie an kulturellem Aufstieg hindert, und wenn auf diese Weise fundamentale Rechte verletzt werden.¹ In diesem langen Abschnitt werden alle Strukturen erwähnt, in welchen die sogenannte strukturelle Ungerechtigkeit sich einnisten kann, nämlich die wirtschaftlichen, die politischen und die kulturellen Strukturen. Daraus entstehen Ungleichheiten, die in den peruanischen kirchlichen Dokumenten gründlich aufgezählt und erforscht werden und oft als Permanenz von ungerechten Strukturen aus der Kolonialzeit und als Überbleibsel von kolonialem Feudalismus bezeichnet werden.² Diese Ungleichheiten in der peruanischen Gesellschaft wollen wir jetzt nachweisen und vor allem solche aus der Kolonialzeit.

¹ Cf. Medellin, Frieden Nr. 16.

² Generalversammlung der peruanischen Bischofskonferenz - Januar 1969 Nr. 2.2.1.

2. Verschiedene Formen der strukturellen Ungerechtigkeit in Peru *In der Kolonialzeit*

„Jahrhunderte von Ungerechtigkeit sind uns vorausgegangen“ – lesen wir in einem Hirtenbrief der Surandino-Bischöfe vom Jahre 1973. Die „Conquista“ war gewiß eine Heldentat, aber auch eine gewaltsame Eroberung und eine ausgesprochene Ausbeutung. Nun kommt diese direkte Gewalttat hier nicht in Frage. Nur die dabei entstandenen ungerechten Strukturen nehmen wir in Betracht. Wir wollen sie nicht alle aufzählen, sondern uns nur auf zwei besonders schlimme Beispiele beschränken: die „Encomienda“ und die Sklaverei.

Die sogenannte „Encomienda“ oder Anempfehlung bezeichnete die Verteilung der Indios zwischen den Conquistadores. Es war eine feudale Struktur, durch welche die Einheimischen zur totalen Verfügung der Eroberer bereitgestellt waren. Eine verummte Sklaverei. Für Kolumbus und so auch für den König Fernando war die Conquista ein rein wirtschaftliches Unternehmen. Gemäß den Bestimmungen der „Capitulacion“ oder des Abkommens, welches sie im April 1492 in Santa Fé unterschrieben, erhielt Kolumbus außer hohen Würden und Privilegien das Recht, ein Zehntel der Perlen und Edelsteine, des Goldes und des Silbers, der Spezereien und so allerlei Waren, welche er in den zu entdeckenden oder zu erobernden Ländern auffinden sollte, für sich zu behalten. Die Verkündigung, die Bekehrung der Einheimischen kommt nicht in Frage. Die Indios wurden zwangsmäßig zum Bestellen der Landgüter der Eroberer und zur Förderung ihrer Gold- und Silbergruben bestimmt und unbarmherzig bis zur totalen Erschöpfung ausgenutzt. So wurden in einem halben Jahrhundert Millionen von Einheimischen ausgerottet. Allerdings bemühte sich die spanische Krone, dieser Struktur ein humaneres Gepräge zu verleihen und die „Encomienda“ in ein Werkzeug der Verkündigung umzustellen. Aber trotzdem blieb die im Jahre 1503 gesetzlich anerkannte „Encomienda“, was sie noch immer war: eine furchtbare Ausbeutung, und geriet, gegebenenfalls mit den erstaunlichsten theologischen Begründungen, in einen wahrhaftigen Völkermord. Später beim raschen Aussterben der Indios baten die Spanier beim König um die Erlaubnis, Einheimische aus anderen Inseln herbeizuführen, um die Arbeit auf dem Feld und in den Gruben weiter zu verrichten. Die Bitte wurde gewährt und so ward die Sklaverei eingesetzt.

Über die Sklaverei brauchen wir uns nicht lange aufzuhalten. Dieser inhumane Brauch ist auch sonstwo überall eingesetzt und ausgeübt worden. Von Afrika wurden die Neger hergeschleppt und über den ganzen Kontinent verteilt. Auch Peru erhielt eine gute Anzahl von diesen Negern und dort setzte sich die Sklaverei weit über die Kolonialzeit hinaus fort. In der Bibliothek der Franziskaner in Ayacucho gibt es noch Exemplare des „Mercurio“, einer

Zeitung von Lima aus dem Jahre 1820 und aus späteren Jahren, wo auf der ersten Seite die täglichen Marktpreise angegeben sind. Dort steht gleich nach dem Verkaufspreis der Pferde und Maulesel jener der Neger und Negerinnen. Die „Encomienda“ und die Sklaverei waren die unerbittlichsten strukturellen Ungerechtigkeiten zur Kolonialzeit, die heutzutage in dieser groben Form verschwunden sind, leider in anderer Art und Weise fort dauern. Die institutionalisierte Ungerechtigkeit entdecken wir noch in sämtlichen Strukturen der Gegenwart.

In der Gegenwart

Ein Wort ist geprägt worden, um die allgemeine Ungerechtigkeit zu denunzieren, worunter die Volksmassen heute leiden. „Marginacion“ ist das Wort. Das heißt: am Rande stehen. Dieses Am-Rande-stehen bemerkt man in besonders auffallender Weise auf dem *Gebiet der Wirtschaft*. Bestimmte Gruppen der Bevölkerung werden im Besitz der zum Leben notwendigen Güter benachteiligt. Nicht in dem Sinn, daß einige Leute mehr und andere weniger besitzen. Ungerechtigkeit entsteht nur dann, wenn die Ersten große Vorteile genießen, während die Anderen den notwendigen Verbrauch in Betreff von Lebensbedürfnissen entbehren. Diese Verschiedenheit erscheint bereits bei der Arbeit.

Gemäß der Erklärung der Menschenrechte, Artikel 23, hat jede Person das Recht auf Arbeit, auf freie Arbeitswahl, auf gerechte Arbeitsbedingungen und auf Schutz vor Arbeitslosigkeit. Dieses Recht gibt es überhaupt nicht in einem Land, wo nur 20% der aktiven Bevölkerung ständige Arbeit findet und wo zudem nur wenige Arbeiter etwas mehr als den Mindestlohn erhalten. Wohl sind die peruanischen Arbeiter Millionäre geworden, zum wenigsten jene die Arbeit haben und den Mindestlohn erhalten. Der Mindestlohn beträgt nämlich die gewaltige Summe von 16 Millionen Intis oder 45 US-Dollar monatlich, also täglich 1.45 Dollar oder so ungefähr 3 DM pro Tag. Was kann man mit diesem Geld kaufen? Für eine Familie von 4 Personen (Vater, Mutter und zwei Kinder) langen die 16 Millionen Intis für zwei Brötchen (pan frances) pro Person zum Frühstück, zum Mittagessen und zum Abendbrot. Knapp zwei Brötchen, nicht ein Brötchen mehr. Es bleiben nur die notwendigen Intis übrig, um die Transportkosten des Vaters zur Arbeitsstelle zu decken. Wenn man bedenkt, daß die „canasta familiar“, der monatliche Brotkorb für so eine Familie, auf 67 Millionen Intis eingeschätzt worden ist – und dabei ist nur das Allernotwendigste eingeschlossen –, dann kann man sich ein Bild machen von der Not, die ein Arbeiter und seine Angehörigen leiden müssen. Das ist aber noch nicht das Schlimmste. Die Pensionäre bekommen ja nur 9 Millionen Intis pro Monat, so ungefähr 50 DM; dann gibt es noch die vielen, vielen Arbeitslosen, beinahe die Hälfte der aktiven Bevölkerung, welche überhaupt kein

Einkommen haben und keine Hilfe irgendeiner Art beziehen. Wie diese Leute überhaupt leben können, ist für uns ein Rätsel. Und nun, bei den letzten wirtschaftlichen Notmaßnahmen der neuen Regierung, die zum Herabsinken der Hyperinflation herausgegeben worden sind und die Lebenshaltungskosten in den Weltraum hochgetrieben haben, muß der Staat die Ernährung und den vollen Unterhalt von 7 Millionen Einwohnern (ein Drittel der gesamten Einwohnerschaft) auf sich nehmen.

Bei den Bauern geht es nicht besser. Wegen einer lang anhaltenden Trockenheit liegen die Felder brach, und das Vieh geht ein. Und weil sie so weit von den Großstädten entfernt leben, ist ihre Betreuung durch den Staat schwierig und kommt mit großer Verspätung. Es ist ja so ziemlich überall auf der Welt üblich, daß der Bauer im Nachteil steht. Das habe ich als junger Bischof in Ayaviri vor 30 Jahren wahrgenommen. Unsere Campesinos auf dem Hochgebirge sind alle Indios. Damals bekamen sie 10 Soles (unsere damalige Währung), etwa 40 Pfennige als Tagelohn. Als ich eines Tages einen Großbesitzer auf seine Einladung hin besuchte, die hochmodernen Stallungen und Einrichtungen bewunderte und dann nach den Anlagen fragte, welche für die Indios bestimmt wären, also die Verpflegungsstelle für die Arbeiter, die Schule ihrer Kinder, welche doch alle gesetzlich vorgeschrieben sind, da bekam ich zur Antwort, so was gäbe es nicht, so was hätte es nie gegeben. Keine Gewissensbisse spürte dabei der Grundbesitzer, der ein „guter Katholik“ war. „Das wäre noch immer so gewesen.“ Bei diesen Worten kann man sehen, was strukturelle Ungerechtigkeit bedeutet: nicht nur ein Gesetz, eine amtliche Anordnung oder sonstige offizielle Bestimmungen. Strukturelle Ungerechtigkeit ist oft ein einfacher Brauch. Und auf so einen einfachen Brauch stützt man sich, um alle fundamentalen Rechte mit Füßen zu treten.

Auf dem Land stellt die willkürliche Verteilung des Bodens die größte Ungerechtigkeit dar. Zur Zeit der Incas war der Boden in drei Teile zerlegt. Einer gehörte der Göttlichkeit, der zweite war dem Inca oder dem Staat zugeschrieben, der dritte stand dem Volk zur Verfügung. Nach der Eroberung verteilte der spanische König die zwei ersten Teile unter den Eroberern. Aber im Laufe der Jahrhunderte wurde auch der dritte Teil durch diese neuen Grundbesitzer langsam abgebröckelt. So blieb den einheimischen Gemeinschaften immer weniger Land zur Verfügung. Es kommt schon vor, daß eine Indio-Familie nur eine Ackerfurche in ihrem Besitz hat. Ein desto unmenschlicherer Raub, wenn man bedenkt, daß der Indio ein Naturmensch ist und in enger Verbindung mit der *pachamama*, der Mutter Erde, steht. Noch heute leben die einheimischen Gemeinschaften in großer und immer größerer Not. Bei der Agrarreform zur Zeit der Militärregierung (1968-1980) wurde den Indios keine Wiedergutmachung geboten, sie wurden bei der Aufteilung des Landes ganz vergessen. Nur die auf den großen „Haciendas“ beschäftigten Indios

wurden in Betracht genommen. Präsident Alan Garcia hatte wohl in seinem Regierungsprogramm eine rechtmäßige Erledigung dieses Problems vorgesehen. Das war der sogenannte Trapecio Andino-Plan. Ein Versprechen, das leider nicht gehalten wurde.

Von der strukturellen Ungerechtigkeit auf dem wirtschaftlichen Gebiet gibt es viele andere Beispiele. So die ungerechte Ordnung der Wasserversorgung auf dem Land, immer zu Ungunsten der „campesinos“. So auch die Kapitalflucht. Über diese Letztere eine kurze Bemerkung. Wenn die Inhaber der wirtschaftlichen Macht ihr Kapital im Ausland absetzen, statt es in produktiven Gewerbetätigkeiten in der Heimat anzulegen, schaden sie der nationalen Wirtschaft und der Entwicklung ihres Landes. Diese Kapitalflucht soll eine Summe von über 10 Milliarden Dollar ausmachen, mehr als die Hälfte der gesamten peruanischen Auslandsschuld. Das bedeutet einen riesigen Schaden für die nationale Wirtschaft zu Gunsten der Devisenschieber. Immer wieder muß man feststellen, daß die Reichen immer reicher werden auf Kosten der Armen, die immer ärmer werden.

Wollen wir vom wirtschaftlichen zum *kulturellen Gebiet* übergehen, stoßen wir auf ähnliche oder noch größere Ungerechtigkeiten, vor allem im Bereich der Erziehung. Man muß zugeben, daß in den letzten 30 Jahren das Unterrichtsministerium sich bemüht hat, die Schulen in den weitentlegenen Dörfern zu vermehren und das Analphabetentum zu vermindern. Trotzdem bleibt die Schule, sogar die Volksschule, ein Privileg für die Kinder in der Stadt. Auf den Dörfern, besonders im Hochgebirge, müssen die Kinder bei der Landarbeit mithelfen, versäumen deshalb sehr oft die Schule, viele kommen überhaupt nicht mehr nach dem dritten Jahrgang, ganz wenige gehen in die Oberschule, und für sie kommt die Universität ganz und gar nicht in Frage. Bereits im Schulsystem macht sich ein vertikaler Klassenunterschied zwischen Weißen und den Indios bemerkbar.

Leider bleibt es nicht beim Nachteil im Lernen. Dieses Benehmen schließt eine tatsächliche Verachtung der einheimischen Kultur der Indios ein und vor allem ihrer Sprache. Auf der Volksschule sind die Lehrer gezwungen, in den zwei ersten Jahren die Sprache der Indios *quechua* oder *aymara* zu benutzen, sonst verstehen sie die Kinder nicht. Nachher reden die Lehrer nur *castellano*. Als die Bischöfe von Puno, Juli und Ayaviri die Radioschule „Onda Azul“ stifteten, die nicht nur für die Verkündigung gedacht war, sondern auch für die allgemeine Ausbildung der erwachsenen Indios, gratulierte der Unterrichtsminister. „Nun werden unsere Indios Spanisch lernen und ihren Dialekt endlich vergessen“, meinte er. Und er war sehr erstaunt, als man ihm erklärte, bestimmt sollen die Indios das Castellano lernen, damit sie endlich in die peruanische Gesellschaft eingegliedert werden, aber dabei sollen sie ihre eigene Sprache nicht vergessen. Das wäre ja ihr größter Schatz, vielleicht der

einzigste wertvolle Überrest ihrer herrlichen Vergangenheit. Das war im Jahre 1964. Heute würde kein Unterrichtsminister es wagen, so geringschätzend von den Indios zu reden, obwohl der Rassenunterschied immer noch da ist. Es geht auch nicht nur um die Indios. Die „Nisei“, die in Peru geborenen Nachkommen der immigrierten Japaner und die Neger sind nicht besser angesehen. Als im Jahre 1959 die ersten „Nisei“ im Gymnasium „La Recoleta“ aufgenommen wurden, drohten die Eltern der anderen Schüler, ihre Kinder aus der Schule zurückzuziehen. Den Gymnasiumsleiter kostete es viele Mühe, sie zu überzeugen, daß die „Nisei“ die nämlichen Rechte wie ihre eigenen Kinder haben. Noch heute ist diese Haltung nicht ganz überholt. Bei der letzten Wahl im Monat Juni dieses Jahres machten viele Peruaner ihre Entrüstung über die Präsidentschaftskandidatur eines „Nisei“ offenkundig, und zwar in so verächtlichen Worten und Ausdrücken, daß man sich schämt, sie wiederzugeben. Viele andere Beispiele könnte man hier anführen, aus denen man sehen kann, daß die Rassenintegration oder Gleichschaltung noch lange nicht vollendet ist. Es gibt immer noch ein Diskriminieren, eine unzulässige Unterscheidung zwischen den verschiedenen peruanischen Staatsbürgern, sei es wegen der Farbe der Haut oder der Rassenverschiedenheit. Die „Cholos“, die Indios, die „Nisei“ stehen nicht auf demselben Fuß wie die Weißen. Das benennt man in mildernder Ausdrucksweise: mangelnde Integration, unvollkommene Gleichschaltung, es bedeutet aber: echter Rassismus. In Peru besteht immer noch die Verwerfung und Mißachtung anderer Kulturen. Zwar sind die Peruaner stolz auf die prächtigen Ruinen von Sacsayhuaman, Ollantaytambo und Machupichu und legen großen Wert auf die Keramik der früheren Volksstämme; aber sie scheinen keine Verbindung festzustellen zwischen diesen Kulturschätzen und den Indios von heute. Die Indios wie auch die „Cholos“ läßt man am Rande stehen und vergönnt ihnen keinen Anteil am öffentlichen Leben und an der Verantwortung in der Bestimmung der Zukunft des Landes. Und so tritt der Rassismus noch strenger auf politischer Ebene als auf kulturellem Gebiet in Erscheinung.

Eigentlich dürfte von *politischer Ungerechtigkeit* nicht die Rede sein in einem Land wie Peru, in dessen Grundgesetz der Mensch als höchstes Ziel des Staates und der Gesellschaft bezeichnet wird und alle Bürger aufgefordert werden, den Menschen zu ehren und zu schützen. Ein Ideal, ein Wunschbild, das von der Wirklichkeit weit abweicht. Alle Peruaner genießen grundsätzlich die nämlichen Rechte ohne jede Verschiedenheit von Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Gesinnung oder jeglicher anderen Eigenschaft. Sie sind alle frei, aber wie man zu sagen pflegt, sind einige Peruaner freier als andere, die auf politischem Gebiet genau so wie auf kultureller oder wirtschaftlicher Ebene immer wieder am Rande stehen. Diese Verschiedenheit muß man nur zu oft feststellen.

So zum Beispiel hat jeder Bürger als freier Mensch das Recht, nicht als Werkzeug benutzt zu werden. Ein Jeder soll Hilfe und Schutz bei dem anderen und vor allem bei den öffentlichen Behörden finden. Ein jeder soll sein Bestreben und seine Wünsche ungehindert erfüllen und seine Schöpfungskraft frei ausüben können. Das wird leider sehr oft vielen friedlichen Bürgern untersagt, vor allem im Falle der Aufhebung der verfassungsgerechten Gewährleistungen wie der Schutz gegen Hausfriedensbruch. Seit 1983, das heißt seit dem Aufstand des „Sendero Luminoso“, des „Leuchtenden Pfades“, wird dieses Recht täglich hundert Male verletzt. Die Polizei oder das Heer bricht Türen mit Gewalt auf, durchsucht die Häuser, verhaftet Männer und Frauen und führt sie ab ohne jeden Gerichts- oder Haftbefehl. Wohl besteht seit diesen Jahren in verschiedenen Departamentos unseres Landes ein verfassungsgemäß eingesetzter Not- oder Ausnahmezustand. Aber die eben erwähnten Maßnahmen werden in einer Weise durchgeführt, die man himmelschreiend nennen muß. Die Leute werden angeschrien, mit hohen Strafen bedroht und verprügelt; das Haus wird geplündert, und obwohl nur Verdacht besteht, werden die Leute verhaftet und abgeführt. Auf diese Weise sind mehr als 2000 Männer und Frauen seit 1983 spurlos verschwunden. Nur ganz wenige wurden entlassen oder konnten entfliehen, und von ihnen haben wir erfahren, daß die Gefangenen grausam gefoltert werden. Die Detenidos-Desaparecidos, die Verhafteten-Verschwundenen, machen unserem Land einen schlechten Ruf. Betreff der Zahl dieser Verhafteten-Verschwundenen steht Peru an der Spitze aller Länder auf der ganzen Welt. Im Jahre 1989 waren es etwa 620 auf der ganzen Welt; davon waren es über 400 Verhaftete-Verschwundene allein in Peru. Zudem ist zu bemerken, daß solche Fälle nicht nur in jener Zone vorkommen, wo der Ausnahmezustand verhängt worden ist. Das Nämliche passiert überall im ganzen Land. Und so lebt das Volk in ständiger Angst und Bange in einer Ordnung, die man eine Ordnung der Ungesetzlichkeit oder eine Struktur der Ungerechtigkeit heißen muß.

Eine weitere Äußerung einer derart institutionalisierten Ungerechtigkeit den Menschenrechten gegenüber finden wir in der *Justizverwaltung*. Die Gerichtsverfahren gehen so langsam und auf so komplizierte Weise vor sich, daß die Schuldigen nicht auf angemessene Art bestraft und die Unschuldigen schwer benachteiligt werden. Für die große Mehrzahl der Angeklagten (70%) ist der Prozeß nach langen Monaten und sogar Jahren nicht einmal begonnen. Vor kurzem wurde ein Angeklagter nach zwei Jahren Haft endlich abgeurteilt und freigesprochen. Daß solche Verhältnisse dem allgemeinen Zivil- und Strafrecht widersprechen, liegt auf der Hand, und daß dabei allmögliche Mißbräuche vorkommen, ist selbstverständlich. Überall stößt man auf Bestechlichkeit und Korruption. Das Bild ist so unglaublich schwarz, daß der neugewählte Präsident in seiner Ansprache bei der Übernahme des Amtes am 28. Juli den

„palacio de justicia palacio de la injusticia“, also das Justizgebäude „Gebäude der Ungerechtigkeit“ nannte.

Die Korruption herrscht ebenfalls in der allgemeinen Verwaltung, in den Ministerien und sonstigen öffentlichen Dienststellen. Man dürfte sie eigentlich nicht Dienststellen nennen. Dort werden nämlich die Bürger nicht bedient, sie müssen stundenlang, nicht selten tagelang Schlange stehen, werden dann grob empfangen, und oft müssen sie die Angestellten bestechen, um endlich bedient zu werden. Die Bürokratie, die Beamtenherrschaft hat sich auf solche Weise vermehrt und ausgedehnt, daß sie zur Last und zum Unheil für die Bürgerschaft und für die nationale Wirtschaft geworden ist. Nicht umsonst hatte Mario Vargas Llosa die Entlassung von beinahe einer halben Million Beamten in seinem Programm als Präsidentschaftskandidat angesagt. Folgender Fall kommt wie ein Märchen oder wie ein schlechter Witz vor. Im letzten Jahr erzählte mir der damals waltende Justizminister, er hätte seinen Beamten den Vorschlag gemacht, nur den halben Tag zu arbeiten. Sie würden das nämliche Gehalt wie vorher empfangen und auf diese Weise würde einem jeden ein Stuhl und ein Schreibtisch zur Verfügung stehen. Der Vorschlag wurde abgelehnt, weil die Beamten befürchteten, man würde eine Umstellung des im Sommer üblichen Systems als Gegenleistung von ihnen fordern. An die Gegenleistung dachte nicht einmal der Minister, obwohl das Sommersystem ein ganz verwerfliches ist. Es bringt ja unseren Beamten in der Dritten Welt Vorteile, von welchen ihre Fachgenossen aus der Ersten Welt nicht einmal zu träumen wagen. Hunderte von ähnlichen Beispielen könnte man angeben, woraus sich ergibt, daß der Wurm im Apfel sitzt, daß die Strukturen schlecht sind, daß immer die selben Leute Profit daraus ziehen, während andere, immer die selben anderen großen Schaden darunter leiden. Einen letzten Fall will ich doch noch angeben. Hier fühlt man, daß das System bis in die Spitze faul ist. Drei Monate vor der Machtübergabe setzte Präsident Alan Garcia Tausende von Beamten in Stellen ein, wo sie bereits überzählig waren. Eine echte Zeitbombe für den Nachfolger. Dieser weiß nun nicht, wie mit diesem Problem fertig werden. Die Beamten darf er nicht entlassen; davor hindert ihn ein Gesetz, welches die Arbeitsbeständigkeit schützt. So ergibt sich, daß der eigene Präsident aus rein parteipolitischen Gründen der Volkswirtschaft große Schwierigkeiten bereitet hat. Und die Korruption erscheint als eine bedeutsame Art sozialer Gewalt oder Ungerechtigkeit, welche das soziale Gefüge zerfrißt, indem sie die festgelegte Verhaltensregel verwirft und neue nicht annehmbare Möglichkeiten bietet, politische und wirtschaftliche Ziele zu erreichen. Das stellt eine typische Verschlechterung im sozialen Zusammenhang dar. Nicht nur wegen dem negativen Einfluß der Korruption in der Gesellschaft, sondern weil auch die Korruption eventuell von den

Arbeitern zum Mittel genommen werden muß, um bestehende Rechte zu erzwingen.

Wie weit diese Korruption reicht, sagte Dr. Oscar Alfaro Alvarez, Präsident des höchsten Gerichtshofes in einer öffentlichen Kundgebung am 2. Januar 1989: „Gibt es Gerechtigkeit für die 20 Millionen Peruaner?“, fragt sich Dr. Alvarez. „Nein, es gibt keine Gerechtigkeit, wo es an Brot fehlt, an sozialer Versicherung, an Gesundheit, an Bildung, an Kultur, an Arbeit. Nein, wenn es Privilegien, chronische Arbeitslosigkeit und Ausbeutung der Kinder und der Frauen gibt.“ - Im Dezember desselben Jahres stimmt der neue Präsident des höchsten Gerichtshofes, Dr. Eloy Espinoza Saldana, mit seinem Vorgänger überein: „Die Korruption“, sagte er, „findet man nicht nur in einer der Mächte des Staates, auf dem Gebiet der Justiz; man findet sie im ganzen Staat und in der gesamten öffentlichen Verwaltung. Ich möchte sagen, die Korruption ist ein nationales Unheil.“ So der höchste Vertreter der Justiz in Peru.

Einen zweiten Fall struktureller Ungerechtigkeit auf politischem Boden entdecken wir in der Art, wie die Demokratie in Peru erlebt wird. In der Erklärung der Menschenrechte heißt es im Artikel 21, Paragraph 1: „Jeder Mensch hat das Recht, an der Regierung seines Landes unmittelbar oder mittels frei gewählter Abgeordneter teilzunehmen.“ Und im Paragraph 3: „Der Wille des Volkes ist das Fundament der Machtbefugnis der öffentlichen Behörde.“ Das steht auch im Text der peruanischen Staatsverfassung. Und die Peruaner sind stolz, nach so langen Perioden unterdrückender Diktatur die Segnungen und Vorzüge der Demokratie zu genießen. In der Tat haben alle mündigen Bürger aktives Wahlrecht. Auch die Frauen und sogar die Analphabeten. Das bedeutet bestimmt einen großen Fortschritt. Leider ist nicht alles Gold, was glänzt. Bei unserer Demokratie handelt es sich mehr um eine formelle als um eine echte reelle Herrschaft des Volkes. Bei der Wahl ist das Volk der in Ehren gehaltene Souverän. Nach der Wahl ist der Souverän bald vergessen, und die Abgeordneten tun, was sie wollen. Ein ganz grobes Beispiel. Kurz nach Fujimori's Machtübernahme, als die außerordentlichen wirtschaftlichen Maßnahmen zum Herabdrücken der Inflation herausgegeben wurden, geriet das Volk in eine bisher noch nie erlebte Lage der Not und Entbehrung. Kaum 20% der aktiven Bevölkerung hatte beständige Arbeit, und der Mindestlohn (16 Millionen Intis) deckte nicht einmal den vierten Teil des monatlichen Brotkorbes (67 Millionen Intis). Der Staat mußte ein Drittel der gesamten Bevölkerung (rund 7 Millionen Bürger) in Versorgung nehmen und täglich totalen Unterhalt gewähren. Bei diesen äußersten Umständen schämten sich die Senatoren und Abgeordneten nicht, sich einen Extra-Gehaltszuschlag von 90 Millionen zu bewilligen. So gönnen sich die Väter des Vaterlandes die hübsche Gesamtsumme von über 400 Millionen Intis monatlich, während die Arbeiter sich mit dem weithin nicht zureichenden Lohn von 16 Millionen Intis

begnügen müssen. Das Volk muß Hunger leiden, den Vätern des Vaterlandes darf nichts fehlen. Dieser empörende Unterschied stellt leider nicht den größten Defekt unserer öffentlichen Ordnung oder Unordnung dar.

Demokratie heißt vor allem Beteiligung, Mitdenken, Mitbestimmen, Mitwirken. Echte Demokratie gibt es nur dort, wo eine Verbindung und reger Verkehr zwischen Regierenden und Regierten besteht. In Peru wirkt das Volk im öffentlichen Leben mit, insofern es die von anderen erdachten Programme durchführen darf. Die während des Wahlgangs nach Wunsch des Volkes vorgeführten und versprochenen Entwicklungsprojekte und Maßnahmen werden nach der Wahl vergessen oder für später, das heißt für niemals wieder aufbewahrt. Nach der Wahl wird das Volk nie wieder befragt und es kann keinen Wunsch äußern. Die Möglichkeit wird ihm nicht geboten, die Zukunft des Landes und seine eigene Entwicklung selbst zu bestimmen; dazu fehlen überhaupt die Vermittlungsstrukturen, oder sie werden nicht wahrgenommen. Die Sozialforscher, Historiker, Politologen und Soziologen haben den Ausdruck „soziales Schweigen“ geprägt, um diese Lage zu bezeichnen. In diesem Zusammenhang beschuldigen sie vor allem den unpassenden Gebrauch der Massenmedien, durch welche dem Volk großer Schaden zugefügt wird. Nicht nur wegen der übertriebenen konsumfordernden Werbungsprogramme oder wegen der von fremden Kulturen inspirierten Programme, die der einheimischen Kultur spotten, sondern noch viel mehr wegen der Art und Weise, wie das Volk über den eigenen Landeszustand und über die Außenwelt informiert wird. Bei dieser schlechten oder sogar ganz falschen Information ist dem Volke überhaupt keine Möglichkeit gegeben, in den öffentlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten und Problemen entsprechend mitzureden. Kein Wunder, wenn dann das Volk über das System müde wird und es einfach verwirft.

Das haben wir voriges Jahr bei den Gemeinderatswahlen in Lima und dieses Jahr bei der Präsidentenwahl erlebt. In beiden Fällen wurde ein Kandidat gewählt, auf den niemand gefaßt war. Weder Ricardo Belmont, der Bürgermeisterkandidat, noch Alberto Fujimori, der Präsidentschaftskandidat, stützen sich auf eine eigene Partei. Und obwohl alle Rechtsströmungen sich in eine einzige Gruppierung versammelt und Millionen von US-Dollar in der Propaganda verschleudert haben, wurden sie in beschämender Weise geschlagen. Sie waren sicher, daß ihr Kandidat Mario Vargas Llosa mit großer Mehrheit schon bei dem ersten Wahlgang siegen werde, aber dieser erreichte nur 27% der Stimmen, indessen der unbekannte Outsider 23% der Stimmen erhielt und im zweiten Wahlgang mit 47% gegen 33% der Abstimmung seinen Gegner überrollte. Sowa hatte man im ganzen republikanischen Zeitabschnitt unserer Geschichte noch nie erlebt. Zum ersten Mal hat das Volk den Politikern und den politischen Parteien ein glattes Nein gesagt. Da gilt das

alte Sprichwort: So lange geht der Krug zum Brunnen, bis er bricht. Die sich immer vermehrenden Mißbräuche und Missetaten der strukturellen Ungerechtigkeit stoßen früher oder später auf Widerstand und erzeugen Unfrieden.

3. Unfrieden im Zusammenhang mit struktureller Ungerechtigkeit

Über den Zusammenhang zwischen struktureller Ungerechtigkeit und Unfrieden wollen wir uns nicht lange aufhalten. Viel ist über den Druck geschrieben worden, der sich in den Strukturen der Gesellschaft ständig auswirkt und nur dann zu heftigem Ausbruch kommt, wenn eine bestimmte Gewaltschwelle überschritten wird. Hier möchte ich nur einige Beispiele kurz angeben.

In der Kolonialzeit dauerte es lange, bis der gewaltige Druck der spanischen Einrichtungen, wie unter vielen anderen die „Encomienda“, die Indios zum Aufstand aufhetzte. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts rief Tupac Amaru, ein Nachkomme der Incas, die Indios zum Widerstand auf, um den unerträglichen Druck der fremden Kolonialmacht abzuschütteln, wurde aber besiegt und im Jahre 1579 vom Vizekönig Toledo grausam gevierteilt. Zweihundert Jahre später entsteht eine zweite Rebellion. In Erinnerung an den ersten Rebellen nimmt der neue Aufrührer Jose Gabriel Condorcanqui den Namen Tupac Amaru als eigenen Namen an und versucht, die Spanier aus dem Lande zu vertreiben, wird aber von den Truppen des Vizekönigs Jauregui besiegt und hingerichtet.

In der Gegenwart tritt der Name des Urbildes der Rebellion in der „Revolutionären Bewegung Tupac Amaru“ (M.R.T.A.) wiederum in Erscheinung, und diese Bewegung spielt mit dem „Leuchtenden Pfad“ eine Hauptrolle in der heutigen nationalen Krise. Diese wilden Strömungen sind ein Produkt der vielen strukturellen Ungerechtigkeiten, die unsere Gesellschaft seit Jahrhunderten zernagen. Es ist nicht reiner Zufall, daß die Gewaltsausbrüche eben in den am meisten vernachlässigten und beschädigten Gegenden unseres Landes erscheinen. In Ayacucho hat Abimael Guzman den richtigen Boden gefunden, wo der Sendero Luminoso am besten gedeihen konnte. Ayacucho, eine herrliche Gegend, welche die Conquistadores im 16. Jahrhundert als Erholungsort auserwählten und welche sie und ihre Nachfolger während Jahrhunderten durch die eingesetzten Strukturen völlig ausgeraubt und ausgeplündert haben. Ayacucho ist das beste Beispiel, das man zur Erklärung der heutigen Krisenlage anführen kann. Seit zehn Jahren wütet dort, und von dort aus über das ganze Land, die Guerilla; von dort aus verbreiteten sich die sozialen Spannungen, welche heute zu einer katastrophalen Gefahr angewachsen sind und einen nationalen Zusammenbruch hervorzurufen drohen. Braucht man noch mehr Beweise, daß strukturelle Ungerechtigkeit unabweislich Unfrieden stiftet?

4. Wie engagiert sich die Kirche?

Nun was denkt, was sagt, was tut die Kirche, in einem Wort: Wie engagiert sich die Kirche in dieser heiklen gefährlichen Situation? Das ist die letzte Frage, die uns zu beantworten übrig bleibt. Groß ist dabei die Verantwortung der Kirche, wenn man bedenkt, daß das Volk sein höchstes Vertrauen in die Kirche setzt. In einer öffentlichen Meinungsforschung im vorigen Jahr hat sich herausgestellt, daß die Kirche den Vorrang hat vor allen staatlichen Behörden und amtlichen Stellen sowie vor allen Privatunternehmen, Institutionen und Persönlichkeiten. Mit 80% gibt man der Kirche den Vorzug, und die allernächste Institution erreicht nur 60%. Selbstverständlich ist es nicht leicht, die richtige Antwort zur höchst gefährlichen Lage des Landes auszu-denken, und die Kirche hat nicht immer die passenden Lösungen gefunden. Das gestehen die Bischöfe in einem großartigen Dokument von 1972 ein.³ Und in einem früheren Schreiben erkennen sie sogar, daß „wir, die Christgläubigen, durch unser Wort und unser Benehmen, durch unser Schweigen und unsere Versäumnisse zur aktuellen Ungerechtigkeitssituation beigetragen haben“⁴. Dennoch dürfen wir über das Tun und Wirken unserer Kirche durchweg stolz sein.

Schon zur Kolonialzeit, wo die Einheimischen so unmenschlich behandelt wurden und wo die Vereinigung des Kreuzes mit dem Schwerte die freie Handlung der Kirche behinderte, haben sich Priester, Bischöfe und Laien gefunden, die es wagten, die Encomienda und sonstige Greuel als ein Verbrechen und als ein zum Himmel schreiendes Vergehen anzuzeigen. Gegen diese Mißbräuche läßt sich schon die prophetische Stimme des Dominikaners Antonio de Montesinos hören, als Wortführer einer Gruppe von Mitbrüdern, deren Anführer der berühmte Pedro de Cordoba war. Am 21. Dezember 1511 hielt Montesinos auf der Española (die Insel Haiti - Santo Domingo) eine Predigt, welche das ganze spanische Imperium erschütterte. In einem Büchlein „Gott oder Gold in Westindien im 16. Jahrhundert“ nennt Gustavo Gutiérrez diese Predigt den Schrei von der Española. Mit vollem Recht. J.M. Chacon y Calvo bemerkt, daß diese Rede ein neues Recht geschaffen hat, ein Recht, das tief auf theologischem Boden wurzelt, ein wahrhaftiger Vorbote der Soziallehre von Francisco de Vitoria. Leider gelang es den Encomenderos, den König vom der unbedingten Notwendigkeit der Encomienda zu überzeugen, und der strafbare Brauch wurde weitergeführt, bis Bartolomé de las Casas einige Jahre später sich mit diesem Problem befaßte. Er schrieb an Karl V.: „Die Encomenderos behandeln die Indios schlimmer als das Vieh; das Vieh versorgen sie, die Indios aber nicht.“ Und als die Encomenderos sich

³ Generalversammlung 1972 - Nr. 2.4.1.

⁴ Generalversammlung 1969 - Nr. 2.4.

bemühten, den König zu belehren, die Verkündigung wäre nur mittels der Encomienda möglich, gab Las Casas zur Antwort, die Freiheit und körperliche Gesundheit der Indios sei mehr Wert, als daß man sie zu gefangenen und zum Tode bestimmte Christen macht. In der Bulle „Sublimis Deus“ (Juni 1537) gibt Papst Paul III. dem Bischof Las Casas recht, verwirft die Lehre der Encomenderos und beschließt mit apostolischer Macht, daß die Indios nie und nimmer ihrer Freiheit beraubt und von ihrem Besitztum enteignet werden dürfen. Die Bemühungen von Las Casas und vieler Geistlicher und Universitätsprofessoren erzielten bei Karl V. die Herausgabe einer besonderen Gesetzgebung, die mit dem Namen „Leyes de Indias“ bekannt ist. Trotzdem gelang es dem Vizekönig Toledo in Lima, die Aufhebung dieser schützenden Gesetze vom Kaiser zu erreichen. Es wäre unterhaltend, die dazu benutzten theologischen Begründungen zu erwägen. Dieses Vergnügen dürfen Sie sich beim Lesen von Gustavo Gutiérrez Büchlein gönnen.⁵ Wir wollen uns nun mit der Haltung der Kirche in der Gegenwart befassen.

Heute ist die Kirche dem Staat und den Mächtigen gegenüber freier geworden. In mannigfaltiger Weise ist sie ihrer Pflicht bezüglich der strukturellen Ungerechtigkeiten und des daraus folgenden Unfriedens nachgekommen, vor allem durch ihr prophetisches Anzeigen und Denunzieren. Hier könnte man lange Auszüge aus den Dokumenten der Generalversammlungen der peruanischen Bischofskonferenz aus den Jahren 1969, 1971, 1973 und 1976 in ausführlichen Zitaten bringen, wo sämtliche Fälle struktureller Ungerechtigkeit angeprangert werden und wo die verantwortlichen Behörden aufgefordert werden, diese Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen. Ganz besonders darf man die Wucht erwähnen, mit welcher die Kirche in öffentlichen Meldungen und sonstigen Dokumenten die herrschende Korruption denunziert – lange bevor die höheren Staatsbeamten und Hauptvertreter der Gesellschaft ihre Stimmen hören ließen, lange vor dem heftigen Ausbruch des neugewählten Präsidenten in seiner Rede bei der Machtübernahme. Insbesondere ist hier die wuchtige Stellung der Kirche gegen Rassen- und Kulturunterscheidung zu erwähnen. Auf diese Weise hat die Kirche all die Taten und Versäumnisse, welche die fundamentalen Rechte der Person, der Familie und der Gesellschaft verletzen, an den Pranger gestellt und alle Verantwortlichen aufgefordert, die notwendigen Änderungen vorzunehmen, die zur Befreiung des ganzen Menschen und aller Menschen unerläßlich sind.

Das Denunzieren ist gewiß ein wichtiger Schritt und nicht selten ein sehr gefährlicher. Dennoch genügt es nicht, den Leuten, besonders den Mächtigen, auf diese Weise ins Gewissen zu reden. Man muß ihnen auch helfen zu

⁵ G. Gutiérrez, *Dios o el oro en las Indias*, CEP 1989; deutsch: *Gott oder das Gold*, Freiburg/Br. 1990.

entdecken, *warum* und *wie* sie die unumgänglichen Veränderungen durchführen sollen. Um die betreffenden Maßnahmen zu erdenken und auszurichten, müssen vor allem die Grundwahrheiten und die permanenten Werte anerkannt und betont werden, auf welche das Leben des Menschen und das der Gesellschaft sich stützt. Man muß die Leute so bilden, daß sie ihr eigenes Leben nach diesen Prinzipien aufbauen; man muß sie befähigen, die Umwandlung der ungerechten Strukturen zu verwirklichen. Das haben die Bischöfe bereits in Medellín betont. Sie sagten damals: „Der Ursprung aller Ungerechtigkeit muß in der inneren Störung der menschlichen Freiheit gesucht werden. Die Originalität der christlichen Botschaft besteht nicht direkt darin, die Notwendigkeit eines Strukturwandels zu bejahen, sondern auf die Bekehrung des Menschen zu drängen, die hiernach diesen Wandel fordern wird. Wir werden keinen neuen Kontinent haben ohne neue Menschen, die im Lichte des Evangeliums wirklich frei und verantwortlich zu sein wissen.“⁶ Diese Ermahnung haben sich die peruanischen Bischöfe zu Herzen genommen und sich bemüht, sie auf alle möglichen Weisen zu bewerkstelligen. In der Ausbildung der Seminaristen, der Katecheten und des christlichen Volkes insgesamt; in der Verbreitung der kirchlichen Dokumente (Enzykliken und sonstige päpstliche Schriften) über soziale Fragen und in der Ausbreitung der Soziallehre der Kirche; in der Untersuchung der nationalen Probleme und in der Forschung nach Lösungen, welche dem Evangelium und der Soziallehre der Kirche entsprechen. In dieser Beziehung ist vieles in den letzten 30 Jahren geleistet worden, besonders durch die bischöfliche Kommission für soziales Wirken (CEAS).

Diese Bildungsarbeit hat die Kirche in einem befreienden Sinn durchgeführt. Befreiung des Volkes war der Zweck: Befreiung von so vielen Banden und Fesseln allerart struktureller Ungerechtigkeit. Durch diese Pastoral der menschlichen Würde und der Menschenrechte wurde die öffentliche Aufmerksamkeit auf die bestehenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten gerichtet und die Bemühung, diese Übel abzuschaffen, angeregt und in Gang gebracht. Vieles ist dabei geschehen: In der Kirche selbst, wo man eine wachsende Beteiligung der Gläubigen am kirchlichen Leben und Wirken feststellen kann. So auch in der Gesellschaft, wo das Volk einen verantwortlichen Anteil am öffentlichen Leben nimmt, wie es in einer besonders auffallenden Weise in der letzten Präsidentenwahl zu bemerken ist. Mit der Betonung der Befreiung in der Seelsorgearbeit hat die Kirche den transzendenten Sinn und Zweck ihrer Sendung nicht vergessen. Für die peruanischen Bischöfe heißt Verkündigung, die frohe Botschaft auf solche Weise kundzugeben, daß das Wort Gottes durch seine eigene Kraft die Geschichte und die

⁶ Medellín, Gerechtigkeit, Nr. 3.

Gesellschaft umwandle.⁷ Jedoch will die Kirche bei dieser Umwandlung der Gesellschaft nicht nur mit der schon erwähnten Bildungsarbeit, sondern durch eigenen Einsatz und direkte Hilfe beitragen. Und das hat sie auf vielfache Art getan. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist die von der Caritas durchgeführte Arbeit zu nennen. Es handelt sich freilich nicht um die allerdings großartige Hilfe, welche die Kirche in der heutigen katastrophalen Lage dem Volke leistet, indem sie 2 Millionen Einwohner tagtäglich ernährt und versorgt. Eine Leistung, die hoffentlich nicht bei einer einfachen Fürsorgearbeit bleiben wird, welche das Volk zu Bettlern macht. Die heutige Nothilfe muß – und ich hoffe – wird bald in aktive Beteiligung und Mitwirkung des Volkes umgestellt. Auf diese aufbauende und erziehende Weise arbeitet die Caritas seit vielen Jahren in Hunderten von Projekten, durch welche den Leuten geholfen wird, alte ungerechte Strukturen durch eine vom Volk selbst bestimmte und durchgeführte Entwicklung zu ersetzen.

Als zweites Beispiel kann man den Anteil nennen, den die Kirche zur Zeit der Militärregierung an der Agrarreform gegeben hat, indem sie diese Reform gegen den Widerstand der Großbesitzer als berechtigt öffentlich unterstützte und das ihr noch übriggebliebene Land zu diesem Zweck bereitgestellt hat. So befürwortet heute die Kirche in den Süändern die Anforderungen der einheimischen Gemeinschaften nach Rückgabe des Landes, das ihnen im Laufe der Jahrhunderte ungerechterweise weggenommen wurde. Heute ersticken diese Gemeinschaften auf den engen Landstreifen, die man ihnen gelassen hat. Vor den höchsten Behörden der Region und des Landes verteidigen die Bischöfe diese Rechte und befürworten den Antrag der Gemeinschaften.

Noch wichtiger ist der Beistand, den die Kirche zum Schutz der Freiheit und sogar des Lebens sowie zur Verteidigung der menschlichen Würde dem Volke leistet. Hier spielt CEAS, die bischöfliche Kommission für soziales Wirken, eine große und oft nicht gefahrlose Rolle in Lima und auf dem Land. Eine Anzahl von Männern und Frauen, Geistliche und Laien, besonders Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen, stehen den Opfern des Terrorismus und der Repression mit Rat und Tat bei. Unter Repression verstehen wir die Ausschreitungen der Polizei und des Heeres, welche nur zu oft ebenso grausam und unmenschlich vorgehen wie der Leuchtende Pfad oder die revolutionäre Bewegung Tupac Amaru, Dörfer plündern und abbrennen, Verdächtige ohne Haftbefehl festhalten und abführen, foltern und spurlos verschwinden lassen oder einfach niederschließen. Man kann sich denken, daß niemand sich gefahrlos gegen solche Ausschreitungen aufstellt und für die Opfer dieser Greuelthaten und für ihre Familien einschreitet. Nicht einmal die Anwälte und

⁷ Cf. Generalversammlung 1972 - Nr. 1.5ff u. Nr. 3.1.4.

Schwestern, welche sich um die im Gefängnis weilenden politischen Rebellen oder Verdächtigen kümmern, entgehen der Gefahr, verfolgt und belästigt zu werden oder sogar in Lebensgefahr zu geraten. So wurde eine Schwester in einem plötzlichen Zusammenstoß zwischen Häftlingen und Polizei im Jahre 1983 schwer verletzt und eine Ordensschwester, die im Gefängnis von Lurigancho mitwirkte, von der Polizei einfach erschossen. Solche Leute verkünden das Evangelium echter und wirksamer als die besten Prediger.

Zum Schluß einige Beispiele im Bereich der Kultur. Auf diesem Gebiet spielt sich das Allerwichtigste ab. Kultur ist Kern und Herz eines Volkes. Hier kommt vor allem die Sprache in Betracht. Besonders bei unseren Indios, für welche die Sprache den Grundbestandteil ihrer Identität darstellt. Ich habe bereits erwähnt, was vor 30 Jahren der damalige Unterrichtsminister von der Sprache der Indios hielt. Das war die allgemeine geringschätzende Meinung der „weißen“ Bevölkerung. Es waren die Bischöfe des Surandino, die sich beim Staat für die Anerkennung des *Quechua* als nationale Amtssprache einsetzten. Sie gründeten ebenfalls das IPA, ein Institut für die Seelsorge im Andengebiet, mit dem Zweck, den Priestern, Katecheten und sonstigen Mitarbeitern die Quechuasprache zu lehren und die Kultur der Indios zu erforschen, damit nach 500 Jahren die Seelsorge sich dieser Kultur anpassen könne, und daß endlich die vielverheißende, der eigenen Kultur entsprechende Verkündigung zur Wirklichkeit werde. Das geschah im Jahre 1965. Kurz darauf gründeten die Bischöfe in der Urwaldzone ein ähnliches Institut unter dem Namen CAAP (Centro de antropología y aplicación práctica - Zentrum für Anthropologie und praktische Anwendung). Die in Puno errichtete Rundfunkschule Radio Onda Azul spielte ebenfalls eine große Rolle in unseren Bemühungen, die Kultur unserer Indios zu würdigen. Diese Schule diente insgesamt zur Verkündigung, zur allgemeinen Ausbildung der erwachsenen Indios und zu ihrer Schulung in der spanischen und in der Quechuasprache. Hinzufügen darf man noch den Gebrauch der einheimischen Sprache in der Liturgie, die Übersetzung und Verbreitung des Neuen Testaments in Quechua und die Herausgabe des Katechismus in den verschiedenen Dialekten unserer Indios. Was all dies für eine wirksame Seelsorge bedeutet, kann man am besten erraten, wenn man überlegt, was die Muttersprache für einen jeden vorstellt. Ich höre immer noch den Ausruf eines alten Indio vor der Kathedrale in Ayaviri: „Wir sind keine 'Indigenas', wir sind Indios.“

Diese Bemühungen waren nicht umsonst. Heute, nach 25 Jahren, erkennen wir, wie dieses so lang unterdrückte, verachtete Volk sich wieder aufgerichtet hat und dem Leuchtenden Pfad, besser als die Polizei und das Heer, mit leeren Händen und ohne Waffen wirksamen Widerstand leistet. Dieses Wiederaufleben ist nicht allein bei den Indios wahrzunehmen. Bei dem gesamten peruanischen Volk ist das neue Aufleben spürbar. Bereits bei dem Verhalten

der Massen in den letzten Wahlen haben wir darauf hingewiesen. Allerdings dürfen wir diesen Fortschritt nicht der Kirche allein zuschreiben, auch im Andengebiet nicht. Andere geistliche Strömungen und soziale Kräfte haben viel dazu beigetragen. Übrigens muß man bedauern, daß die Kirche so lange gezögert hat, mit voller Kraft gegen diese unmenschlichen Umstände und Angelegenheiten vorzugehen. Über die Übel zur Kolonialzeit äußerte sich vor kurzem Bischof Iniesta, Weihbischof von Madrid, mit diesen Worten: „Sind wir Spanier Gläubiger oder Schuldner? Sollen wir die Rechnung zu den Akten legen oder um Verzeihung bitten? Als Erbe dieser Spanier, die Entdecker, Kolonisatoren, wie auch Verkündiger der frohen Botschaft, Stifter und Oberhirten waren, schäme ich mich und entschuldige mich bei den Südamerikanern ob unserer Arroganz, unserer Herrschsucht, ob der Vergewaltigung und Unterdrückung so vieler Völker, ob der Willkür und der paternalistischen Art, womit diese Leute als unmündige Kinder und als ihrer eigenen Kultur und ihrer Menschenrechte unwissende Geschöpfe behandelt wurden.“ Ein ähnliches Gefühl soll auch die heutige Kirche und die heutige Gesellschaft verspüren angesichts der vielen immer noch bestehenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Die Möglichkeit ist uns jetzt gegeben und soll nicht versäumt werden, all die Mißbräuche anläßlich der fünfhundertjährigen Gedächtnisfeier der ersten Verkündigung in Lateinamerika im Jahre 1992 gutzumachen und vor allem die Kultur der Indio Stämme wiederaufleben zu lassen und in Ehren zu halten.

Zum Abschluß unserer Darstellung und Erörterungen möchte ich noch folgendes sagen:

1. Bestimmt dürfen wir uns über die Leistungen der heutigen Kirche in Peru freuen und stolz sein – doch „con mucha modestia“, mit aller Bescheidenheit stolz sein. Viel mehr hätte unsere Kirche ausrichten können und viel mehr wird sie in der Zukunft ausrichten, wenn sie endlich ihre inneren Spannungen und Streitigkeiten überwindet und beseitigt. Und noch größeren Erfolg wird sie erreichen, sobald sie sich entschließt, sich einer rechten ökumenischen Zusammenarbeit mit den anderen christlichen Kirchen zu öffnen, um mit ihnen zusammen zu denken, zu forschen und zu wirken. Endlich, um unsere gewaltigen Probleme und Schwierigkeiten zu bewältigen und das Land vor einem katastrophalen Zusammenbruch zu behüten, muß die Kirche auch andere geistliche Bewegungen in Betracht nehmen und ebenso die vielen in Peru wirkenden ONG (die von den Regierungen nicht abhängigen Organisationen) und mit ihnen in geschlossener Zusammenarbeit handeln. In einem Wort, unserer Kirche muß zuguterletzt ihr Sein und Tun, ihr Leben und Wirken nach den Orientierungen des II. Vatikanischen Konzils und nach

denen von Medellin und Puebla gestalten und so mit schöpferischem Sinn die eigene Bekehrung und die Umwandlung der Gesellschaft vollziehen.

2. Die Hilfe der Ersten Welt ist zu dieser Rettungsaktion von Peru und von der gesamten Dritten Welt unbedingt notwendig. Die Erste Welt tut allerdings viel für die Armen in der Dritten Welt, sie scheint viel für sie zu tun. Dennoch haben wir Gründe genug zu befürchten, die Erste Welt hat überhaupt nicht die Absicht, die Dritte Welt zu retten. Sie gibt ihr ja nur, was sie selber nicht mehr braucht. Nie und nimmer bemüht sie sich, der Dritten Welt Anteil an der Spitzentechnik und an der Spitzenindustrie zu geben. Die zur Entwicklung gebotene Hilfe dient nur dazu, die Dependenz und die Abhängigkeit der Dritten Welt aufrechtzuerhalten und zu stabilisieren. Es ist höchste Zeit, daß wir uns bewußt werden, daß die Probleme der Dritten Welt nur auf Weltebene ihre endgültige Lösung finden können. Die Fremdschuld, die Hyperinflation, das Rohstoffproblem, die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit sind nur durch eine „neue internationale Ordnung der Wirtschaft“ und durch eine „neue internationale Ordnung der Kommunikation und Information“ zu besiegen und aus der Welt zu schaffen. Und das heißt, auf Macht und Geld, auf politische und wirtschaftliche Überlegenheit zu verzichten, und dazu ist die Erste Welt noch nicht entschlossen. Allerdings sehen wir ein, daß sich heute Europa mit der eigenen Vereinigung befassen und um die Beseitigung der Schwierigkeiten im europäischen Osten bekümmern muß, um so seine eigene Zukunft den anderen Großmächten gegenüber zu sichern. Europa kann und darf trotzdem Peru und die Dritte Welt nicht im Stich lassen. Es geht um das Weiterbestehen der ganzen Menschheit.

Der bekannte Historiker Arnold Toynbee schreibt zum Abschluß seines enormen Werkes über die in den Jahrtausenden wechselnden Zivilisationen: „Wenn die heutige internationale Gesellschaft sich von den Lockungen der Macht, der Selbstsucht und des Gewinnes nicht frei macht und eine auf der Liebe begründete Zivilisation aufbaut, so rennt der Mensch unvermeidlich in seine eigene Vernichtung hinein. Paul VI. redete schon von einer Gesellschaft der Liebe, von einer auf Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit erbauten Gesellschaft. Und oft kommt Johann Paul II. auf diese Ermahnung zurück. Bei dieser Weltaufgabe müssen alle Menschen, alle Christen mithelfen und ganz besonders die Theologen und Pädagogen. Sie können am besten dazu beitragen, daß sich auf der ganzen Welt eine öffentliche Meinung bildet, in dem Sinne, daß zum vollen Auswachsen des Menschen, zur totalen Entfaltung eines jeden Menschen und aller Menschen es unbedingte Erfordernis ist, die Herrschaft der Macht und des Geldes aufzugeben und die menschliche Würde, die Menschenrechte zum Ziel und Gesetz der Gesellschaft anzunehmen. Nur dann kann eine Zivilisation der Liebe Wirklichkeit werden, nur dann kann ein sicherer Frieden erscheinen und gedeihen.“